



Wir alle werden älter und wollen nicht aufs Altenteil geschoben werden. Unsere Lebenserfahrung ist kostbar und kann für alle eine Bereicherung werden, wenn wir auch im Alter noch etwas zu tun haben. - Dr. Henning Scherf

Seniorenplan Tempelhof-Schöneberg

ERSTELLT VON DER SENIORENVERTRETUNG TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

1 EINFÜHRUNG

„Die Seniorenpolitik steht vor großen Herausforderungen, die den Bezirk in besonderer Weise fordern. Der Bezirk ist nicht nur der Ort, an dem die Folgen des demographischen Wandels und die Auswirkungen der sozialstrukturellen Veränderungen für die Menschen täglich spürbar sind, sie sind auch der Ort, an dem neue Wege erprobt und gegangen werden müssen. Hier werden die Bedürfnisse der Menschen nicht nur artikuliert, hier wird auch konkrete Abhilfe erwartet.

Der Bezirk verfügt über die notwendigen Strukturen, kennt die Akteure und die örtlichen Lebensverhältnisse. Deshalb gebietet es, bei dieser Kleinräumigkeit und Ortsbezogenheit dem Bezirk die Federführung bei der Planung einer sozialraumorientierten Seniorenarbeit zu übertragen.

Auch wenn es richtig ist, dass das Thema Pflegebedürftigkeit infolge der weiter steigenden Zahl hochaltriger Menschen für den Bezirk zu einer bedeutsamen Herausforderung wird, ist die bezirkliche Seniorenpolitik mehr als Pflege- und Versorgungspolitik. Zu den Themenfeldern einer umfassenden Seniorenpolitik gehören z.B.: Arbeit und Beschäftigung, Prävention und Gesundheitsförderung, Freizeit, Bildung und Kultur, Wohnen und Mobilität, Partizipation und Engagement, Generationenbeziehungen, soziale Netze und Migration.

Damit fällt dem Bezirk im Sinne der Vorleistungspflicht die Aufgabe zu, die Selbst- und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und ihre Selbstorganisation zu unterstützen.

Bezirkliche Seniorenpolitik ist nur ressortübergreifend als Querschnittsaufgabe zu gestalten. Sie ist demnach interdisziplinär und hat unter Einbeziehung aller zuständigen Verwaltungseinheiten zu erfolgen und ist ohne das Zusammenwirken der Bereiche Bau, Wirtschaftsförderung, Verkehrsplanung, Gesundheit und Soziales nicht zu realisieren.

Die Umsetzung eines bezirklichen Seniorenplans ist ein anspruchsvolles Vorhaben. Sie erfordert eine aktive, service-orientierte, schlanke und bürgernahe Verwaltung. Diese sollte freiwilliges Engagement nicht als Störfaktor ansehen, sondern partnerschaftlich mit den Akteuren der Bürgerschaft zusammenarbeiten und in der Lage sein, den Diskussionsstand eines Planungsprozesses öffentlich zu kommunizieren.



Letztlich hängt das Gelingen eines Seniorenplans von den handelnden Personen ab, also den Mitarbeitenden in der Verwaltung und den freiwillig Engagierten, von ihrem Interesse, ihrer Kompetenz und ihrer Kommunikationsfähigkeit.“

Quelle: BAGSO, sinngemäßer Auszug aus einem Positionspapier, 2014

2 GRUNDLAGEN – ZAHLEN

Seniorenpolitik wird nachhaltig geprägt durch einen tiefgreifenden Wandel in der Bevölkerungsstruktur. Der demografische Wandel und seine mittel- und langfristigen Auswirkungen sind hochaktuelle Themen in Politik und Verwaltung. Auch der Deutsche Städtetag greift seit Jahren diesen Komplex immer wieder in Fachtagungen auf.

Kennzeichen dieser Entwicklung sind insbesondere

- Veränderung des Altersaufbaus der Gesellschaft
- Ausdehnung der nachberuflichen Lebensphase
- Zunahme Hochbetagter aufgrund gestiegener Lebenserwartung
- Erhöhung der Lebensrisiken wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit

Der demografische Wandel umfasst aber weit mehr als die Alterung der Gesellschaft.

Hinzukommen zahlreiche soziale Wandlungsprozesse, wie u.a.

- Rückgang traditioneller Haushalts- und Familienstrukturen
- Nachlassendes Integrationspotenzial familiärer Netze
- Sinkende materielle Alterssicherung
- Tendenz zum selbstbestimmten Wohnen bis ins hohe Alter
- Bedürfnis nach wohnortnahen Angeboten für soziale Kommunikation und Freizeitgestaltung sowie Teilhabe am öffentlichen Leben.
- Zunahme ethnischer und kultureller Vielfalt

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg hat sich mit einem Ausschnitt der maßgeblichen Zahlen für die Lebensbedingungen der Seniorinnen und Senioren im Bezirk auseinandergesetzt und sie hier zusammengestellt. Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg ist der Überzeugung, dass nur ein strukturiertes Altenmanagement zum Erfolg und zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Seniorinnen und Senioren führen kann.



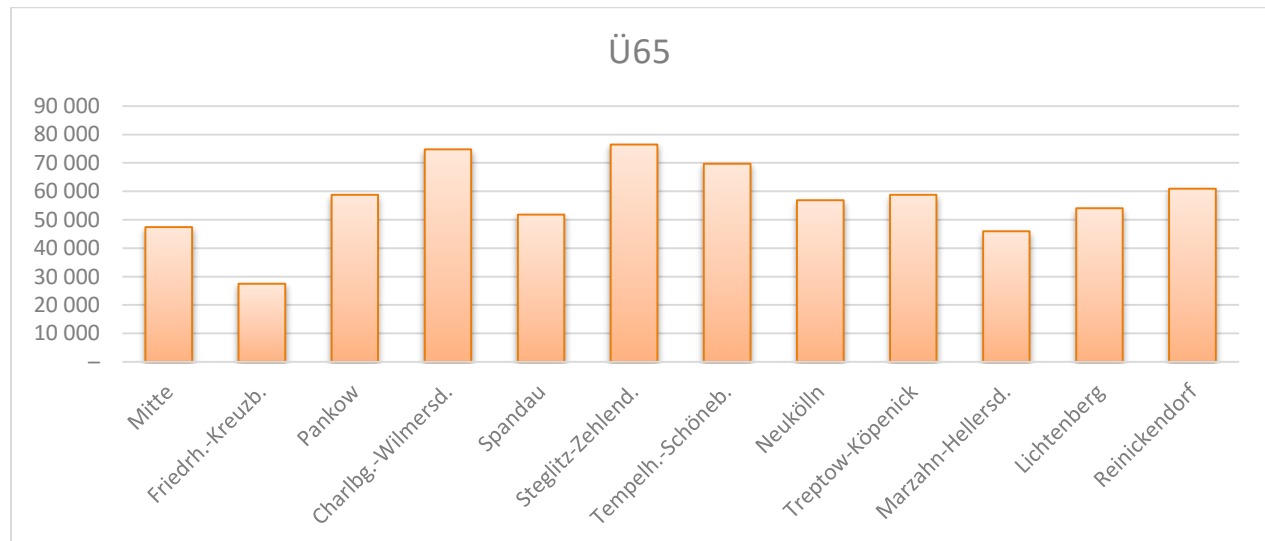
2.1 PLANEN – STEUERN – ÜBERPRÜFEN

Ohne grundlegende Daten der Bevölkerungsstruktur, der Bevölkerungsentwicklung und einer qualifizierten Prognose, lassen sich Aussagen über die notwendigen Ziele und Handlungsschritte nicht erstellen. Daher hat die Seniorenvertretung nur beispielhaft die nachfolgenden Zahlen zusammengestellt.

	Ins-gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
		unter 6	6 - 15	15 - 18	18 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 60	60 - 65	65 und mehr
Mitte	356 506	21 257	25 126	7 794	6 123	29 223	42 759	37 057	29 563	25 281	69 316	15 637	47 370
Friedrh.-Kreuzb.	275 691	16 828	18 315	5 457	3 841	17 645	35 575	37 928	29 544	21 524	51 606	10 003	27 425
Pankow	384 367	25 779	29 329	7 406	4 704	16 846	34 672	38 934	36 025	32 912	82 437	16 553	58 770
Charlbg.-Wilmerdsd.	326 354	14 469	20 100	6 739	5 077	17 765	23 333	23 373	21 335	21 398	75 705	22 344	74 716
Spandau	230 419	12 708	18 450	6 544	4 659	13 495	15 511	14 641	13 024	13 590	51 654	14 314	51 829
Steglitz-Zehlend.	299 268	14 456	22 985	8 061	5 354	14 841	16 571	16 694	16 278	18 481	69 409	19 662	76 476
Tempelh.-Schöneb.	335 767	17 071	23 694	8 318	5 907	18 891	24 786	24 560	21 493	21 611	78 303	21 393	69 740
Neukölln	325 716	18 935	24 061	8 314	5 897	20 890	32 257	31 354	23 810	20 522	65 898	16 919	56 859
Treptow-Köpenick	249 440	13 688	16 799	5 014	3 424	11 097	18 939	19 229	16 479	14 992	57 084	13 879	58 816
Marzahn-Hellersd.	256 173	15 448	19 536	5 584	3 641	12 762	20 996	18 981	15 300	13 073	64 504	20 390	45 958
Lichtenberg	268 465	15 979	17 692	4 912	3 713	15 207	26 908	24 659	18 309	14 999	56 123	15 887	54 077
Reinickendorf	254 000	13 715	20 373	7 390	4 972	13 885	15 672	14 759	13 512	14 960	57 717	16 104	60 941
Berlin	3 562 166	200 333	256 460	81 533	57 312	202 547	307 979	302 169	254 672	233 343	779 756	203 085	682 977

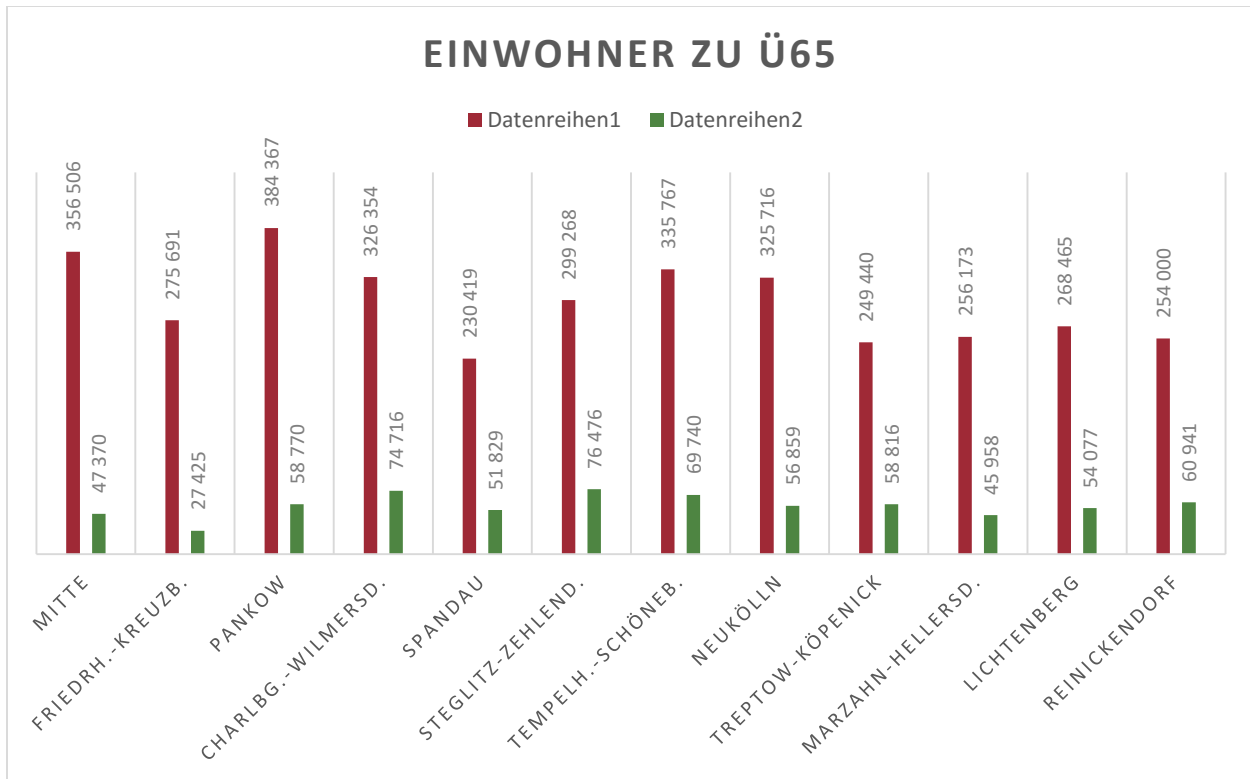
Alle Zahlen entnommen, Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31.12.2014

Den Zahlen ist zu entnehmen, dass von allen Bezirken in Tempelhof-Schöneberg nach Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf die meisten Menschen über 65 Jahren wohnen. Eine Grafik gibt weiter Aufklärung über die Verteilung nach Bezirken:





Im Vergleich zur Gesamtzahl der Einwohnerinnen und ergibt sich dann das folgende Bild:



Die Zusammenstellung der Zahlen macht deutlich, wie wichtig strategische, strukturelle und organisatorische Überlegungen sind, um die Lebensbedingungen der alten Menschen in unserem Bezirk so attraktiv und lebenswert wie möglich zu machen.

Wichtig erscheint jedoch auch, Prognosen und Entwicklungen der Altersstruktur zu verfolgen. Welche neuen Ziele sind notwendig unter Berücksichtigung des demographischen Wandels?

3 THEMENFELDER

Um die Lebens- und Teilhabebedingungen zu beschreiben, die notwendigen Indikatoren zu entwickeln und die Ergebnisüberprüfung zu ermöglichen, haben wir die Themenfelder benannt, die im Übrigen fast wortgleich vom Bezirksamt 2008 bereits aufgestellt wurden. Eine Überprüfung der genannten Ziele und Umsetzungen erscheint in diesem Zusammenhang erstrebenswert.

Es richtig, dass das Thema Pflegebedürftigkeit infolge der weiter steigenden Zahl hochaltriger Menschen für den Bezirk zu einer bedeutsamen Herausforderung wird. Bezirkliche Seniorenpolitik muss jedoch mehr sein als Pflege- und Versorgungspolitik.



Die demografischen und sozialen Wandlungsprozesse wirken sich auf verschiedenste gesellschaftlichen Bereiche aus, betreffen aber in besonderer Weise weitgehend alle Aufgabenfelder der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Bildung und Ausbildung, Arbeiten und Beschäftigung, Wohnen und Mobilität, Jugend und Familie, Zuwanderung und Integration, soziale Sicherung, Prävention und Gesundheitsversorgung, Städtebau und Infrastruktur, Kultur, Freizeit und soziale Netze, Partizipation und Engagement, Verwaltung und Personal.

Politische Partizipation ist ein grundlegendes Element der pluralistischen und solidarischen Stadtgesellschaft und schließt natürlich den alten Menschen nicht aus. Im Fokus stehen soll dabei nicht nur das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, sondern auch die qualitative Weiterentwicklung der Standards für die Gremienarbeit.

Die fachliche und soziale Kompetenz der Seniorinnen und Senioren als Potenzial für Eigeninitiative, Selbstorganisation, Übernahme von Verantwortung und ehrenamtlicher Mitwirkung sollte stärker genutzt und weiter erschlossen werden. Beispielhaft steht hierfür die Mitarbeit in der bezirklichen Seniorenvertretung.

3.1 EIGENVERANTWORTLICHES, SELBSTBESTIMMTES UND GEMEINSCHAFTSFÄHIGES LEBEN

Der alte und alternde Mensch möchte gleichberechtigtes und teilhabendes Mitglied der Gesellschaft bleiben und sein. Alter ist weder ein Makel, noch ein Nachteil, noch ein Alleinstellungsmerkmal oder gar ein Vorrecht. Dennoch muss einerseits die Gesellschaft Bedingungen schaffen die eine Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht. Andererseits ist auch der ältere Mensch natürlich ebenso verpflichtet sich einzubringen und die Teilhabe einzufordern.

3.1.1 Wohnen

Die Wohnsituation ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche und nachbarschaftliche Teilhabe. Unbestreitbar und nachvollziehbar der Wunsch, so lange wie möglich in der eigenen, meist lang gelebten Wohnung zu bleiben. Hierzu gehören altersegerechte Wohnungen, die ein großes Maß an Selbst- und Eigenständigkeit zu lassen. Die Anpassung der Wohnungsbestände an die Anforderungen generationengerechten Wohnens ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für Politik und Verwaltung.

So gilt es, verstärkt Einfluss zu nehmen, dass im Wohnungsneubau und in der Bestandspflege vermehrt barrierefreie oder zumindest barrierearme Wohnungen nach Größe und Preis bedarfsgerecht geschaffen werden. Die verschiedenen Förderprogramme der Stadtentwicklung sollten diesem Gesichtspunkt ein stärkeres Gewicht verleihen.

Wichtig wäre z.B. auch, darauf hinzuwirken, dass seitens der Vermieter vermehrt auf Rückbauklauseln gem. BGB bei behindertengerechten Umbauten verzichtet wird.



3.1.2 Mobilität

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung zur Selbstversorgung und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Von zunehmender Bedeutung für die Mobilität ist die Verkehrssicherheit. Dabei besteht Bedarf an seniorengerechter Verkehrsraumgestaltung. Stichworte sind z.B.: Tempo 30, Verkehrsberuhigung, Querungshilfen, ausreichend lange Grünphasen für Fußgänger, sichere Gehwege, abgesenkte Bordsteine.

Weiterhin sind wohnortnahe Dienstleistungen von herausragender Bedeutung. Hierzu gehört die Möglichkeit sich wohnortnah mit den Gütern des täglichen Lebens versorgen zu können, aber auch die gute Erreichbarkeit von Ärzten und anderen Gesundheitsdienstleistern. Wohnortnahe Pflegestationen gehören ebenso dazu.

Nicht nur unter dem Aspekt Ernährung und Gesundheit sondern auch unter dem Aspekt Kommunikation und Teilhabe sind öffentlich zugängliche Mittagstische für alt und jung eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zur Alltagsbewältigung. Die Vernichtung von Kantinen durch die Aufgabe von Standorten des Bezirksamtes schließt die alten Menschen von der gemeinsamen Essenseinnahme zunehmend aus.

Die Mobilität von älteren Menschen kann mit zunehmendem Alter zu einem großen Problem werden. Daher sollten für die Seniorinnen und Senioren Mobilitätshilfen vermehrt angeboten werden, wobei Bedarfe, Kapazitäten und Preise von Mobilitätshilfen erfragt werden müssen. Das Organisieren von kostenlosen Mobilitätshilfen durch Nachbarschaftshilfen und Ehrenamtliche könnte eine sehr große Erleichterung für die älteren Menschen sein

Welche Mobilitätshilfen kann älteren Menschen weiterhelfen, wie sind sie erreichbar?
--

3.1.3 Institutionelle Angebote

Dennoch wird es mit zunehmendem Alter dazu kommen, dass Wohnen in der eigenen Wohnung aufgrund von Einschränkungen nicht mehr möglich sein wird. Die Einbindung von Familie und Nachbarschaft wird dann nur möglich sein, wenn stärker auf Mehrgenerationen-Häuser gesetzt würde. Diese in das nahe und gut bekannte Umfeld zu integrieren muss Aufgabe für die Zukunft sein.

Ebenso sind Seniorenwohngemeinschaften von unschätzbbarer Bedeutung und großem Wert um Vereinsamung und Rückzug entgegen zu wirken. Dennoch sind professionelle Angebote nicht verzichtbar. Wo selbständiges Wohnen, eigene Versorgung nicht mehr klappen sind Einrichtungen unverzichtbar. Der Übergang von ein Seniorenwohngemeinschaft in betreute Wohnformen und Wohngruppen kann fließend sein und ist für den alten Menschen leichter zu ertragen, wenn er im vertrauten Wohnumfeld erfolgt.

Seniendomizile im Kiez würden den Übergang ebenso erleichtern helfen.

Wie sieht die Situation mit den genannten Angeboten in Tempelhof-Schöneberg aus?
--



3.1.4 Soziale Netze und Migration

Bezirkliche Netze sind in den Kiezen in unterschiedlicher Qualität vorhanden. Aufgabe von Seniorenarbeit kann und sollte es sein hier fördernd, unterstützend und beratend zu Seite zu stehen. Interkulturelle Angebote sollten entsprechend der Bevölkerung geschnitten werden und sein.

Die Seniorenvertretung im Bezirk ist eines dieser Netzwerke, die hier verknüpfend und gestaltend wirkt.

Sprache als grundlegendes und verbindendes Kommunikationsmittel muss die Herkunftssprachen der Seniorinnen und Senioren berücksichtigen. Interkulturell ausgerichtete Angebote die in den unterschiedlichen Sprachen beworben werden, müssen stärker fokussiert werden.

Welche Netzwerke arbeiten wo und mit welchem Erfolg im Bezirk?

3.2 BILDUNG UND KULTUR, SPORT UND FREIZEIT

Lebenslanges Lernen hat sich als Standard gut etabliert in unserer Gesellschaft und ist wissenschaftlich anerkannt und bewährt. Insofern ist die Nutzung von Bildungs- und Kulturangeboten mehr als nur Selbstzweck, sie dient vielmehr der intellektuellen Beweglichkeit älter werdender Menschen. Das Statistische Bundesamt am 29. Juli in Berlin (Bundeszahlen) teilt mit: 42% der Gaststudierenden an Hochschulen sind mindestens 65 Jahre alt. Volkshochschulkurse werden immer häufiger von Älteren belegt. In den letzten zehn Jahren ist ihr Anteil an allen Kursbesuchen um 5,9 Prozentpunkte auf 15,4% gestiegen.

3.2.1 Veranstaltungs- und Kulturangebote

Die bezirkliche Seniorenarbeit leistet hier vorbildliches und ist gut nachgefragt, was Veranstaltungen und Angebote betrifft. Diese Angebote wohnortnah und themenspezifisch auszurichten ist gut gelungen. Optimierungsideen, die strukturiert erfolgen sollten, sollten in Absprache und im Diskurs mit den Betroffenen und den entsprechenden Netzwerken, z.B. der bezirklichen Seniorenvertretung erfolgen.

Ebenso bedeutsam sind die Angebote in den Seniorenresidenzen. Hier wird deutlich, dass die Angebote entsprechend der Ausrichtung auf die Zielgruppe, sehr unterschiedlich sind. Die "begüterten" Einrichtungen halten hochwertige kulturelle Angebote vor. Dies sollte nicht unbedingt Ziel sein, aber ein Hinweis auf die Interessen von älteren Menschen sind sie allemal.

3.2.2 Teilhabe durch moderne Kommunikationsmittel

PCs, Telefon, Smartphone und Tablet sind heute nicht mehr nur für die junge Generation. Zahlen belegen, dass diese Technik gern und verstärkt von Menschen im Seniorenalter genutzt wird. Diese Medien gestatten Kommunikation mit angehörigen, Freunde und Bekannten auch über größere Entfernungen hinweg. Hier gilt es zum einen auch zu schützen durch ausreichende Schulung und Information. Zum anderen muss die Erreichbarkeit dieser Medien kostengünstig und wohnortnah möglich sein.



3.2.3 Verbraucherschutz

Die Älteren gehören zu den konsumfreudigsten Gruppe. Es geht um den Schutz in ihrer Rolle als Konsumenten. Deshalb müssen die spezifischen Bedürfnisse in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen besonders in den Blick genommen werden. Beispiele sind eine Verbesserung der Markttransparenz, bessere Beschwerde- und Rechtsschutzverfahren.

3.3 AKTIVER RUHESTAND

Was können Seniorinnen und Senioren für die Allgemeinheit tun? Wie können sie ihr Erfahrungswissen weitergeben und aufbereiten? Wie können sie eingebunden werden?

3.3.1 Seniorinnen und Senioren geben zurück

Bürgerschaftliches Engagement ist notwendig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und sinngebend für die Einzelne und den Einzelnen. Dabei steht die Ermutigung zur Teilhabe gerade älterer Menschen, deren Erfahrungswissen von unschätzbarem Wert für das Land ist, weit im Vordergrund.

Gerade der alte Mensch kann auf junge Menschen, auf hilfsbedürftige Menschen und auf benachteiligte Menschen vorurteilslos zugehen und ebenso angenommen werden. Diese eröffnet Chancen und minimiert die Risiken des Scheiterns.

Um den Seniorinnen und Senioren den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement zu erleichtern und Unterstützung bei der Auswahl der geeigneten Angebote zu geben, müssen vor Ort oder auch zentral die entsprechenden Stellen vorgehalten werden. Hierzu zählen Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und auch Kontaktstellen die Selbsthilfe organisieren helfen. Der Bezirk hat diesen Weg bereits eingeschlagen durch die Einrichtung des Ehrenamtsbüros. Das allein ist jedoch noch nicht ausreichend.

3.3.2 Arbeit im Alter

Mit den geburtenstarken Jahrgängen erreichen in den nächsten 15 Jahren rund 20 Mio. Menschen das Rentenalter. Dies ist eine gesellschaftliche Herausforderung, auf die es bislang nur unzureichende Antworten gibt.

Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt für Männer bei 63,5 Jahren und für Frauen bei 62,9 Jahren. Nur 38,81 % der Männer und 35,27 % der Frauen gehen derzeit mit dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in den Ruhestand.

Das gesetzliche Rentenalter wird bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Der Übergang in die Rente findet heute überwiegend abrupt statt. Nur 4,8 % der Erwerbstätigen arbeiten länger als bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Altersteilzeit wird überwiegend als Blockmodell umgesetzt.

61 % der aktuellen Rentner und 70 % der zukünftigen Rentner können sich eine Weiterbeschäftigung in Form einer Erwerbstätigkeit und/oder bürgerschaftliches Engagement vorstellen.



Bislang gibt es in Unternehmen noch kein flächendeckendes Angebot zur Gestaltung des demografischen Wandels. Nur knapp ein Drittel haben bereits Maßnahmen konzipiert und umgesetzt. Die Zunahme an Älteren ist in den nächsten 35 Jahren unumkehrbar, die Potenziale der Älteren werden in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft dringend benötigt. Ältere Menschen zu beschäftigen ist ökonomisch sinnvoller, als gesunde Ältere dafür zu bezahlen, dass sie in den Ruhestand gehen. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels werden Erfahrung und Wissen älterer Arbeitnehmer für die Betriebe unverzichtbar. Die Unternehmen sollten dieses Wissen nicht verschwenden.

3.3.3 Nachbarschaftliches Miteinander

Miteinander in der Nachbarschaft wird getragen von Vertrauen, Kiezkenntnissen und persönlicher Integrität. Nachbarschaftszentren bilden hier die Grundlage für institutionelles und organisiertes Handeln und bieten dem älteren Menschen Räume zur Ausgestaltung.

3.3.4 Politische Teilhabe älterer Menschen

Das Einbinden älterer Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse im Bezirk kann dem immer stärkeren Auftreten von Politik- und Verwaltungsverdrossenheit entgegen wirken und zu besserem gegenseitigen Verstehen führen. Regelmäßige, gegenseitige Besuche, Gespräche und Beteiligung an Entscheidungsvorbereitungen von älteren Bürgerinnen und Bürger mit den politischen Gruppierungen und mit der Verwaltung werden Vertrauen und Verstehen fördern. Eine gute Möglichkeit ist hier die stärkere Einbindung der Seniorenvertretung als Brücke.

Wie kann die Einbindung älterer Menschen in politische Entscheidungen gestärkt werden?

3.4 GESUND ALTERN – BESCHWERDEN VERRINGERN

Der alte Mensch ist nicht "per se" schwach, hilfebedürftig oder kränklich. Ja der alte Mensch ist beweglicher, engagierter und "munterer" geworden. Er bevölkert die Fitnessstudios ebenso wie Galerien, Volkshochschulen und Universitäten. Er ist Konsument ebenso wie couragierte, engagierte, politisch interessierte Bürgerinnen oder Bürger. Insofern ist Gesundheitsprävention ein ebenso wichtiges Feld, wie die Begleitung bei eintretenden Handicaps.

3.4.1 Prävention und Gesundheitsförderung

Qualifizierte Beratung und Information sowohl analog als auch digital zu den verschiedensten Gesundheitsfragen müssen dem älteren Menschen verstärkt angeboten werden.

Gesundheitsförderung umfasst Bewegungs- und Sportangebote ebenso wie Reha- und Physioangebote, einschließlich Koronarsport. Vereine könnten hier stärker eingebunden und die Zusammenarbeit gefördert werden.

Um eine angemessene gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen, ist eine Bestands- und Bedarfserhebung von Apotheken, Physiotherapeuten, Fußfußpflegepraxen, niedergelassene Ärzte



und Fachärzten durchzuführen und bei Mangel dem entgegen zu wirken. Wohnortnahe Bewegungs- und Sportangebote sollten bei Bedarf ebenfalls mit einbezogen.

Mit dem Alter steigt der Bedarf an medizinischer Versorgung, die den besonderen Erfordernissen der Altersmorbidity gerecht wird. Es bedarf einer zielgerichteten Weiterentwicklung der ambulanten und stationären geriatrischen Versorgung im Bezirk. Auch müssen die Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung patientengerechter werden.

Die geriatrisch- gerontopsychiatrischen Verbände sollten in ihrer Funktion als Netzwerkträger hinsichtlich gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung gestärkt werden. Auf diese Weise ließen sich kleinräumigen spezifischen Versorgungslösungen im Bezirk weiter ausbauen.

Wie kann die gesundheitliche Versorgung sichergestellt werden und Angebotslücken bei der Gesundheitsförderung geschlossen?

3.5 FINANZIELLE SICHERHEIT

Gemeinsam müssen Rahmenbedingungen für die soziale Integration einer in den nächsten Jahren stark wachsenden Zahl alter Menschen, darunter eine wachsende Anzahl von Seniorinnen und Senioren mit eingeschränkter materieller Alterssicherung, als Quelle sozialen Wohlbefindens gestaltet werden.

Renten werden in zunehmendem Maß nicht mehr ausreichen um im Ruhestand alle Angebote der Kultur, der Freizeit und des täglichen Lebens in Anspruch nehmen zu können. Die Seniorenvertretung setzt sich dafür ein, dass gerade für Seniorinnen und Senioren die Zugänge zu Museen, Theatern, Galerien, Kinos, öffentlichem Nahverkehr und sozialer Infrastruktur materiell erleichtert oder von der Zahlung befreit werden.

Wohngeld- und Grundsicherungsanträge sind für den alten Menschen häufig ein menschliche und moralische Hürde, die sie ungern überspringen wollen. Erleichterung bei der Antragstellung, Information über die Zugänge und öffentliche Werben wünscht sich die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg.

Auf welche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für finanzielle Sicherungssysteme kann der ältere Mensch im Bezirk zugreifen? Wie werden sie kommuniziert?

4 AUSBLICK UND WÜNSCHE

Bezirkliche Seniorenplanung, Seniorenhilfekoordination und Seniorenarbeit muss sowohl die Funktion des Motors als auch die des Moderators übernehmen und durch kontinuierliche Zusammenführung der Planungsgrundlagen für das Netzwerk im Alter, durch ressort- und verbundübergreifende Zusammenarbeit, Fachkonferenzen, Qualifizierungsangebote, Initiierung von Modelprojekten, die im Bezirk tätigen Akteurinnen und Akteure in diese Arbeit integrieren.



Die Seniorenvertretung wünscht sich eine stärkere Einbindung in die politischen Prozesse, die deutlich über das Rederecht in Ausschüssen hinausgeht. Die Seniorenvertretung wünscht sich auch eine stärkere Beteiligung an fachlichen Entscheidungen und würde gern ihr Erfahrungswissen in die fachliche Ausrichtung und Entscheidungsfindung einbringen. Die Seniorenvertretung will nicht politischer Entscheidungsträger sein, sehr wohl aber beratend in die bezirklichen Netzwerke und Vorbereitung von Entscheidungen eingebunden werden. Keinesfalls will die Seniorenvertretung von Arbeitsgruppe Seniorenarbeit "betreut" werden, sondern auf Augenhöhe als anerkannter, respektierter und kompetenter Gesprächspartner dienen.

Im politischen Raum wäre es erstrebenswert, wenn das Mandat der Seniorenvertretung durch transparenteres Wahlverfahren und größere Beteiligung der Zielgruppe ü60 auf eine breitere Basis gestellt werden könnte. Hierzu sollten Änderungen im Wahlverfahren angestrebt werden.

Wir "...sollten ... uns aber vermehrt den Möglichkeiten der gewonnenen Jahre zuwenden. Lassen Sie uns das Alter bewusster neu denken – in Bildern vom Alter und vom Älterwerden, die auch die Potentiale dieser Lebensspanne beschreiben. Dann kann es uns gelingen, aus einer alternden Gesellschaft noch stärker eine selbstbestimmte und starke Gesellschaft des längeren Lebens zu formen."

Joachim Gauck am 31.3.2015 anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Dialog mit der Zeit"